

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowisch 2120

Anzeigen die dreifach. Poststelle 1 Mr. Aufnahme nur bei vorherig. Gebühreneinfindung auf Postfach. Alfred Riebel 11502. Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

Der Verbandstag in Stuttgart

Vom 8. bis einschließlich 10. August tagte in Stuttgart der ordentliche Verbandstag unserer Organisation. Es war zugleich das erste Mal, daß eine derartige Tagung unserer Kollegen in den Mauern Stuttgarts abgehalten wurde. Vorhergegangen war bereits am Sonntag eine Begrüßungsfeier im festlich geschmückten großen Saal des Gewerkschaftshauses. Eingerahmt wurde diese Veranstaltung durch musikalische Darbietungen des Stuttgarter Arbeiterbandoneonclubs. Kollege Fr. Gödelmann truglieder von Schubert und Balladen von Löwe vor und erntete damit lebhaften Beifall.

Der Bezirksleiter des Verbandes für Württemberg und Hohenzollern, Kollege König, begrüßte auf das herzlichste den Vorstand und die Delegierten sowie den Kollegen Fritz Larnow als Vertreter des Bundesvorstandes, ferner die Vertreter befreundeter Organisationen sowie den Kollegen Sassenbach, der dem Verbandstag als Gast beizuwohnt. Unter Hinweis auf die schweren Opfer, die der Arbeiterschaft jetzt durch die Reaktion aufgegeben wurden, kennzeichnet er die Aufgaben des Verbandstages dahin, neue Wege zu suchen, um den Kampf für die Freiheit der Arbeiter mit allen Mitteln fortzuführen. Der Verbandsvorsitzende Gerhardt nahm in seiner Begrüßungsrede Bezug auf Friedrich Schiller, der in seinem Wilhelm Tell den aufrechten Mann gekennzeichnet hatte, der sich weigerte, den von einem reaktionären Landvogt aufgerichteten Gekkerhut zu grüßen. Auch wir wollen uns vor der Reaktion nicht beugen, darum müssen wir den Gedanken der Zusammengehörigkeit betonen. Gerhardt gedachte der Vorkämpfer des Verbandes. Unter Hinweis auf die schwere Wirtschaftskrise wandte er sich gegen die Lüge, der Marxismus sei an diesem Abend schuld. Wir glauben an die Zukunft der Arbeiterbewegung und ihrer Ziele und verkünden, daß wir als kleiner Teil unter den großen Organisationen unsere Pflicht voll und ganz erfüllen werden. Dazu soll der Verbandstag die Waffen schmieden.

Das politische Kabarett der Stuttgarter „Roten Funken“, das dann mit heiteren Vorträgen, mit politischen Satiren und dem Gesang des „Drei-Weile-Liedes“ zur Geltung kam, fand lebhaften Beifall. In zwanglosem Beisammensein erneuerten die Teilnehmer des Begrüßungsabends manche alte Freundschaft und trugen durch persönliches Näherkommen manches zum Austausch von Erfahrungen bei.

Der Verbandstag selbst, der im Restaurant „Schönblick“ tagte, begann am Montag vormittag seine Beratungen. Kollege Gerhardt begrüßte die erschienenen Delegierten und Gäste. Anwesend waren als Vertreter von Stuttgart Stadtrat Engelhardt, vom Landesarbeitsamt Oberregierungsrat Dietrich. Als Vertreter des Ortsausschusses des ADGB war Genosse Endres anwesend. Die Bruderorganisationen waren vertreten durch Kollegen Fr. Larnow, den Sekretär der Internationalen Holzarbeiter-Union, der zugleich als Vertreter des Bundesvorstandes vom ADGB, anwesend war. Für die Internationale der Lederindustriearbeiter war Kollege Simon, der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes erschienen. Als Vertreter des Lederarbeiterverbandes war Kollege H. Maßler und vom skandinavischen Verband Kollege Clausen anwesend. Ferner wohnte unser alter Kollege und Vorkämpfer Johannes Sassenbach als Gastbesucher den Verhandlungen bei. Neben einer Reihe von Begrüßungsschreiben lag auch ein Schreiben unseres Kollegen Peter Blum vor.

Den Delegierten und gewählten Vertretern unserer Kollegen sowie den Vertretern des

Vorstandes und der Gausleitungen sende ich hierdurch die herzlichsten Grüße und wünsche den Arbeiten des Verbandstages einen vollen Erfolg. Auch den Gästen des Verbandstages aus dem In- und Auslande sei mein Gruß!

Die Zeiten, in denen die Tagung stattfindet, sind geladen voll Hochspannung, aber man darf erwarten, daß der Kampfesmut nicht erlahmen, sondern sich verdoppeln wird.

In diesem Sinne bin ich bei Euch, und nochmals beste Grüße und gute Arbeit! Peter Blum.

Eingangs der Tagung gedenkt Kollege Gerhardt unserer Toten, besonders der Kollegen R. Grubbe, Brandenburg, A. Braun, Chemnitz, M. Wurm, Offenbach a. M. und Louis Gruenwaldts, des Begehrten der Tapeziererbewegung.

Genosse Fr. Larnow geht in seiner Begrüßungsrede auf die allgemeine Lage der Zeit ein, die uns gegenwärtig drückt. Wir erwarten, daß es der inneren Kraft der Gewerkschaften gelingen möge, uns wieder empor zu arbeiten. Für den Ortsausschuß des ADGB begrüßt Genosse Endres die Tagung und für die Stadt Stuttgart und die SPD-Fraktion im Stadtverordnetenkollegium heißt Genosse Stadtrat Engelhardt die Delegierten herzlich willkommen. Kollege Simon begrüßt den Verbandstag, zugleich im Auftrag der übrigen Bruderorganisationen. Aus dem In- und Ausland waren eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingetroffen.

Nach der Wahl des Büros erstattete Kollege Gerhardt den Geschäftsbericht für die zurückliegenden drei Jahre. 1929 war schon zu sehen, daß wir einer allgemeinen Wirtschaftskrise entgegen gehen. Die steigende Arbeitslosigkeit brachte den Arbeitern neue Lasten durch Erhöhung der Sozialbeiträge. Konten 1929 noch die von den Unternehmern geforderten Verschlechterungen abgewehrt werden, so schritt die Krise ab 1930 immer mehr fort.

Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln, scheiterten. 1930 wurde dann auch das Linkskabinett Hermann Müller aufgelöst und es kam zu Reichstagsneuwahlen, weil Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Verschlechterungen der Sozialpolitik nicht mitmachen wollten. Dann folgte die Periode der Notverordnungen. Sehr früh hatte der ADGB zur Bekämpfung der Krise die Arbeitsbeschaffung und die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. Von den Notverordnungen muß in erster Linie diejenige vom 8. Dezember 1931 genannt werden, gegen die der ADGB von vornherein Stellung genommen und dabei auch betont hat, daß mit diesen Mitteln die Lage der Arbeiterschaft nicht gehoben werden kann. Noch schlimmer in ihrer Wirkung war dann die Fünfte Notverordnung der Regierung von Papen. Der Erfolg dieser Verordnung war nur möglich, weil die Regierung sich auf Hitler und auf die Nazi-Partei stützen konnte. Der Redner schilderte dann die ungeheure schmerzhaften Eingriffe in die Arbeitslosenunterstützung. Auch die Abstriche in der übrigen Sozialversicherung sind katastrophal. Der ADGB hat auf diese Verordnung sofort mit der offenen Kampfanlage an die Regierung Papen geantwortet. Die Ergebnisse der Lausanne Konferenz mit den Verschlechterungen in der Reparationsfrage sind nur möglich gewesen dank der Politik der Arbeiterschaft. Sehr schwer sind die Wirkungen der Arbeitslosigkeit in unserem Verband. Wir haben in den letzten Jahren immer mit an der Spitze gestanden. Zur Zeit sind etwa 70 Proz. aller Verbandsmitglieder arbeitslos und nur annähernd 30 Proz. stehen im Arbeitsverhältnis. Die Lederwarenindustrie stützt

sich auf den Export und mußte unter dem Rückgang der Ausfuhr stark leiden. Auch im Inland ist der Verbrauch von Lederwaren zurückgegangen, da die Massen der Bevölkerung bei ihrem stark gedrosselten Einkommen als Konsumenten auscheiden. Der Tapeziererberuf leidet unter der Umstellung der Wohnkultur und infolge fabrikmäßiger Herstellung aller Art von Rollermatten. Die Treibriemenindustrie frant an dem schlechten Maschinenabfall in der Krise. Die Fahrzeugbranche, in der wir mit erhöhter Beschäftigung für die Sattler gerechnet hatten, leidet unter der Krise. Die Arbeit der Menschenhände wird infolge fortschreitender Rationalisierung immer mehr ausgegliedert. Auch die Waggonindustrie und die Kinderwagenfabrikation liegen darnieder.

Es ist nicht so, wie die Gegner der freien Gewerkschaften es immer darzustellen liebten, daß die Politik der dem ADGB angeschlossenen Verbände uns in diese Wirtschaftskrise gebracht hat, sondern die Misere ist entstanden aus der Umstellung der Produktionsmethoden und aus der Weltwirtschaftskrise.

Die Mitgliederbewegung unseres Verbandes wird naturgemäß von dieser Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen. An der Hand statistischer Erhebungen weist Redner nach, daß nicht der Dittau, der besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen wurde, den größten Mitgliederabgang hat, sondern das Offenbacher Industriegebiet, das im letzten Jahrzehnt unter radikaler Leitung gestanden hat.

An der Hand von Unterlagen schilderte Gerhardt das verbandsschädigende Treiben der Opposition, das vielfach wie Sprengpulver für unseren Verband gewirkt hat. In einer Anzahl von Fällen mußte zum Ausschluß der Opponenten geschritten werden. Nachdem er die Haltung des Vorstandes gegenüber der Opposition begründet, ging der Redner auf die Erfolge der Verbandsstätigkeit ein. So ist es gelungen, die Gefängnisarbeit zurückzudrängen; ferner wurde eine Beschränkung der Lehrlingshaltung erreicht. Mit dem Bunde deutscher Tapezierer wurde eine Lehrlingsordnung vereinbart. Der Schwarzarbeit wurde entgegengetreten. Trotz der wirtschaftlichen Depression, unter der die Jugendbewegung besonders leidet, hat der Verband auch diesem Zweig der Bewegung seine Aufmerksamkeit zugewandt. Eine größere Zahl von Kollegen wurde zur Ausbildung auf die Bundeschulen entsandt.

Zur Verschmelzungsfrage wurde in wiederholten Verhandlungen mit Vertretern der Lederarbeiter und der Schuhmacher Stellung genommen. Leider gelang es nicht, die Unterschiede im Aufbau des Unterstützungswezens, besonders bei der Sozialversicherung, zu überbrücken. Auch erscheint die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht besonders geeignet, einen derartigen wichtigen Schritt zu machen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist zunächst die vierzigstündige Woche als nächste Etappe zu erstreben. Dem Reichskabinett von Papen müssen wir zurufen:

„Geht Arbeit!“

Den Bericht über Lohn-, Tarif- und Streikbewegung erstattete Kollege A. Blume. Er verweist auf die diesbezüglichen Angaben in den Jahrbüchern unseres Verbandes. Obwohl in der Wirtschaftskrise sich vielfach eine gewisse Tarifmüdigkeit gezeigt hat, gelang es dem Verband, trotz des Widerstandes der Arbeitgeber und trotz der Gegnerschaft des Staates, den Tarifgedanken aufrechtzuerhalten. Die Zahl der Tarife ist geringer, die Zahl der von

ihnen erlittenen Verlusten größer als früher. Der Redner berichtet dann ausführlich über die Tarifabschlüsse und über die großen Schwierigkeiten, die sich ihnen entgegenstellten. Dabei erwähnte er auch die Bemühungen des Verbandes nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Der Antrag auf Durchführung der vierzigstündigen Woche spielte bei allen Verhandlungen eine Rolle. In Berlin kam es auch zu einer Vereinbarung, die grundsätzlich die vierzigstündigen Woche festlegt. Der Redner gab einen eingehenden Überblick über die Lohn- und Tarifgestaltung. Besonders kennzeichnet der Redner die Verschlechterungen in der Praxis des Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitsklärung. Trotz der Krisennot konnte eine Reihe von Arbeitstämpfen mit Erfolg beendet werden. Am ganzen war jedoch die Zahl der Streiks infolge der Krise kleiner. Die Entwicklung der Heimarbeit in der Lederwarenindustrie wurde dauern verfolgt und angeregt, der Errichtung von Fachauschüssen näher zu treten.

Durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen war es möglich, die Gefängnisarbeit einzudämmen. Die Gefahr, daß sich die Produktion in den Gefängnisanstalten wieder ausbreitet, ist damit nicht aus der Welt geschafft. Der Maschinenpark dieser Gefängnisbetriebe entspricht völlig den Einrichtungen einer modernen Fabrik der Lederwarenindustrie.

In der Ausstattungsindustrie geht das Streben der Fabrikanten dahin, niedrigere Löhne zu zahlen als die Arbeitgeber der übrigen Fabrikantengruppen. Bis hierher war es möglich, diese Angriffe abzuwehren.

Für die Handwerksattler bestehen nur noch wenige Tarifabkommen. Es haben Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstatarif festgefunden, jedoch ist es nicht zu einem Resultat gekommen. Die Handwerksattler kommen wegen der geringen Zahl der beschäftigten Gehilfen als Tarifkontrahent kaum noch in Betracht. Der Reichstatarif für die Treibriemer ist erneut abgeschlossen worden, doch mußten einige Verschlechterungen hingenommen werden. An Stelle der bisherigen Berufsferien sind Betriebsferien getreten. In der Fahrzeugbranche hat die amerikanische Konkurrenz eine Anzahl deutscher Werte ruiniert. Dem Neuaufbau von Tarifverträgen erstanden aus dem Zusammenbruch der Arbeitgeberverbände die Schwierigkeiten.

In der Ferienfrage sind die Urlaubsbestimmungen überwiegend erhalten geblieben, es ist jedoch unter dem Einfluß der Krise in sehr vielen Fällen eine Herabsetzung der festgelegten Sätze erfolgt. Die Löhne hatten 1929 noch eine Steigerung erfahren. Im Frühjahr 1930 begann mit dem Dreyhaufener Schiedsspruch die Welle des Lohnabbaus. Für unseren Verband trat die Lohnsenkung erst im Jahre 1931 ein, soweit Tariflöhne in Betracht kommen.

Bösig ins Wasser gefallen ist der von den Arbeitgebern und den Schlichtungsbehörden vertretene Standpunkt: „Der Lohn ist zu hoch, wenn er gelenkt werden kann, füllen sich die Betriebe wieder.“ Die Innungen haben kein Recht, über Schwarzarbeit zu

stöhnen, solange sich Meister in den Betrieben als Gehilfen anbieten und unseren Kollegen die geringsten Arbeitsmöglichkeiten verkümmern. Die Rechtsicherheit im Tarifwesen ist durch die Rotverordnungen gesteigert worden. Redner geht dann auf eine Reihe von Einzelfällen ein, die sich in der Berichtsperiode zugetragen haben. Er legt am Schluß seiner Ausführungen:

„Wir sind durch die ungünstigen Verhältnisse in die Defensive gedrängt worden. Aber man muß dabei die Frage aufwerfen: Was wäre geworden, wenn wir in dieser Zeit keine Gewerkschaften gehabt hätten? Wir sind überzeugt, daß die Organisation getan hat, was zu tun möglich war.“

Der Hauptattlierer, Kollege Riedel, erstattete den Kassenbericht. Auch auf die Kassenabrechnung war die wirtschaftliche Krise von starkem Einfluß. Die Einnahmen sind stark zurückgegangen. Die Einnahmen an Beiträgen betrug im Jahre 1929 1 078 693 Mark, 1930 844 509 Mark und 1931 557 051 Mark. Die Beitragsleistung des Mitgliedes betrug im Durchschnitt 1929 38,8 Beiträge oder 35,41 Mark, im Jahre 1930 33,5 Beiträge oder 32,58 Mark und im Jahre 1931 26,5 Beiträge oder 24,52 Mark.

Dieser Verringerung der Einnahmen stehen jedoch höhere Ausgaben gegenüber. Während wir in der Berichtszeit 1926, 1927 und 1928 für Erwerbslosenunterstützung (Reise-, Arbeitslohn- und Krankenunterstützung) zusammen 783 133 Mark ausgegeben haben, hat sich dieser Posten für die Berichtszeit 1929, 1930 und 1931 auf 1 485 283 Mark erhöht. Zur Deckung mußte auch auf das Vermögen des Verbandes zurückgegriffen werden. Außerordentlich stark in Anspruch genommen war die Invalidenunterstützung, die einer Sanierung bedarf.

Die Erwartungen des Dresdener Verbandstages in bezug auf die Entwicklung haben sich nicht erfüllt. Die Wirtschaftskrise hat alle Berechnungen über den Hausen geworfen. Wenn der Vorstand während der Berichtsperiode keine Herabsetzung der Unterstützungen durchgeführt hat, so aus der Einstellung, daß jede Umstellung möglichst durch den Verbandstag gestiftet soll. Erst als sich herausstellte, daß der Verbandstag zu einem späteren als sonst üblichen Termin stattfinden soll, mußte der Hauptvorstand notgedrungen mit dem erweiterten Vorstand eine vorläufige Herabsetzung der Unterstützungen ab 1. März 1932 vornehmen. Diese Maßnahme genügt nicht und die Delegierten stehen vor der schwierigen Aufgabe, Sanierungsmaßnahmen zu beschließen, um den Verband nicht nur als Unterstützungs-, sondern auch als Kampforganisation weiter bestehen zu lassen. Letzteres ist unter den derzeitigen Verhältnissen notwendiger denn je.

Wie hoch ist der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten?

Die Unternehmerpresse kümmert sich sehr wenig um die Frage, wann wir unseren Anspruch auf ausreichende Löhne auch mit Produktionsinteressen begründen, damit die zur Aufrechterhaltung der

Produktion erforderliche Massenkaufrkraft nicht weiter geschwächt werde. Um so mehr ist dort von hohem Lohnanteil an den Produktionskosten die Rede, wenn es gilt, für Lohnsenkungen Propaganda zu machen. Da wird plötzlich das Lohnentkommen als das belohnende ausschließliche Entkommen der Volkswirtschaft hingestellt, da bestehen die Produktionskosten dann fast ausschließlich aus Löhnen. Die Zahl wird allgemein verbreitet, häufig auch in wissenschaftlichen Arbeiten, daß die Produktionskosten in der deutschen Wirtschaft zu 80 bis 90 Proz. aus Arbeitslöhnen bestehen. Man will zu dieser Zahl kommen, indem man nicht den Lohnanteil an den Produktionskosten irgendeines bestimmten Produktionszweiges berechnet, sondern berücksichtigt, daß auch die Roh- und Zwischenprodukte und Betriebsstoffe, die im betreffenden Produktionszweig verbraucht werden, Lohnaufwendungen enthalten, z. B. enthält die Kohle, die Maschine usw., die in einer Textilfabrik gebraucht wird, Lohnaufwendungen, die bei der Herstellung dieser Waren ausgegeben wurden. Diese Berechnung ist zwar berechtigt, jedoch ist die erwähnte Zahl von 80 bis 90 Proz. als die Höhe der Lohnaufwendung an den Produktionskosten völlig aus der Luft gegriffen. Irigendwelche wissenschaftliche Berechnungen lagen zur Befestigung dieser fiktiven Behauptung nicht vor. In der „Sozialen Praxis“, Heft 15/17 versucht jetzt der Heidelberger Privatdozent Dr. A. Marschall die wirkliche Höhe der Lohnaufwendungen zu berechnen und kommt im Gegensatz zu jenen oberflächlichen Feststellungen zu einem Prozentsatz, der zwischen 50 und 60 Proz. liegt. Marschall geht von dem Volkseinkommen aus und betont mit Nachdruck, daß der in der Schätzung des Statistischen Reichsamtes enthaltene Lohnanteil an dem gesamten Volkseinkommen auch das Arbeitseinkommen der Beamten einschließlich der leitenden Generaldirektoren usw. mit enthält, das bei sozialpolitischen Auseinandersetzungen unter keinen Umständen mitgezählt werden darf. Macht man aus diesem Grunde einen Abstrich von 2 bis 3 Proz., so bleibt der Anteil der eigentlichen Lohn- und Gehaltssumme jedenfalls unter 55 Proz. Unterzucht man die Frage von der Seite der Produktion und nimmt man für die industrielle Fertigwarenproduktion selbst einen Lohnanteil von 70 Proz. als mittelbare und unmittelbare Arbeitskosten im Durchschnitt an, eine laut Marschall bestimmte übertriebene Annahme, so würde selbst unter dieser Annahme der Lohnanteil an den gesamten deutschen Produktionskosten 50 bis 60 Proz. unter keinen Umständen übersteigen, ja er würde darunter bleiben. Denn es müssen auch die geringeren Arbeitskosten in der Landwirtschaft, im Handel, im Verkehrswesen usw. berücksichtigt werden, wenn man den Lohnanteil in der ganzen Volkswirtschaft berechnen will. Auch diese Untersuchung zeigt, daß es bei den Produktionskosten nicht allein auf Löhne ankommt, sondern es gibt noch andere Kostenelemente der Produktion, vor allem der Unternehmervorgewinn, der vor den Löhnen gesenkt werden könnte.

600 Jahre Wiener Lederware.

Der Umstand, daß die früheste Urkunde, die auf das Lederverarbeitende Gewerbe in Wien Bezug hat, genau 600 Jahre alt ist, gibt der Wiener Lederwarenerzeugung berechtigten Anlaß, im Jahre 1932 ihren 600. Geburtstag zu feiern. Die erste große vorbereitende Versammlung für die Festveranstaltungen fand dieser Tage im Saale der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie statt. Die zahlreich erschienenen Gäste erfuhren hier, daß das unter Leitung des Ministers a. D. Heintl stehende Gewerbe-förderungsinstitut bei der eben genannten Handelskammer diesem Plane alle Unterstützung angebotenen läßt, damit der einzigartige Anlaß zu einer entsprechenden internationalen Gemeinschaftswerbung für die hochbedeutende Wiener Lederwarenerzeugung werde und den Aufstuf zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte des Gewerbes bilde.

Einem Vortrag von Dr. Ernst Ledermann war zu entnehmen, daß die für Anfang September geplanten großen Veranstaltungen aus drei Hauptgruppen bestehen werden, Jubiläumsmesse, Schaufensterwettbewerb des Einzelhandels und Geschichtliche Ausstellung; daran sollen sich Beschäftigten allgemeiner und fachlicher Art, Rundgänge durch Museen und Ausflüge in die Umgebung Wiens für die fremden Gäste anschließen, ferner Festlichkeiten in Anwesenheit von Regierungsbekleideten, ein Empfang im Schloß Schönbrunn, eine Festveranstaltung in der Staatsoper u. a. m.

Die Jubiläumsmesse der Lederwarenerzeugung wird im Rahmen der allgemeinen Wiener Messe stattfinden, die aus eigenen Mitteln in wahrhaft amerikanischer Großzügigkeit die Werbung betreiben wird. Druckladen in 17 verschiedenen Sprachen sollen in alle Welt hinausgehen, auf der knapp vor der Wiener Messe stattfindenden Leipziger Messe werden allein 200 000 Prospekte als Einladung zum

Jubiläum der Wiener Lederware ausgegeben werden. Sowohl diese Musterchau wie auch der Schaufensterwettbewerb der Einzelhändler müssen schon an sich zwangsläufig zu einer Belebung der Erzeugung führen, vor allem in qualitativer Hinsicht. Die Geschichtliche Ausstellung, deren Vorarbeiten außerordentliche Mühe verursachen, wird durch die rege Mitarbeit des Kunsthistorischen Museums, der Nationalbibliothek, des Heresemuseums, des Museums für Kunst und Industrie, des Museums für Völkertunde und privater Sammler (Hilgerlenjerstift Heiligenkreuz, Fürstin Metternich-Sandor, Vater Hofmeister usw.) zu einer Lebenswürdigkeit ersten Ranges werden, die auch sachfremde Besucher in höchstem Maße interessieren muß.

Die Anfänge der Ledererarbeitung in Oesterreich lassen sich bis ungefähr auf das Jahr 1000 zurückverfolgen. Die Erzeugung, primitiv nach Umfang und Inhalt, bezog sich auf den Bedarf des Mannes und insbesondere des Kriegers. Einige hundert Jahre später setzte eine Spezialisierung ein, es entstanden die Zünfte der ledererarbeitenden Gewerbe, zuerst die Junft der Sattler, später die der Tischner, Riemen- und Gürtler, noch später die der Buchbinder; verhältnismäßig spät, erst vor ungefähr hundert Jahren, entwickelte sich eine selbständige Gruppe der Galanteriewarenherzeuger als Tochtergruppe der Buchbinder.

In der Chronik von Wien ist die älteste Urkunde der Wiener Tischner aus dem Jahre 1332 erhalten, die eben den Anlaß zu der bevorstehenden Jubiläumsmesse gibt. Die erste Junftordnung der Tischner stammt aus dem Jahre 1388. Die ältesten Stücke der Jubiläumsausstellung werden lederne Pulsochörner, Keil- und Riemenzeug sein. Die ersten Spuren einer Damenmode in der Lederwarenerzeugung bilden wohl die Luntdoll gearbeiteten Falkenhäuben, wie sie vom Mittelalter bis zum Ende des 17. Jahrhunderts bei der Reiterbeize, einem von Damen viel gepflegten Jagdsport, verwendet worden

sind. Die älteste Dornenhandtasche der Wiener Ausstellung stammt aus dem Besitz der Philippine Welfer (1527-1580), der schönen morganatischen Gattin des Erzherzogs Ferdinand von Tirol. Die Nationalbibliothek in Wien bereitet die Abteilung „Buchbinderkunst“ vor, eine chronologische Darstellung durchweg in Stücken Wiener Erzeugung. Diese Sonderchau wird ohne Zweifel eine internationale Sensation werden.

Zu den bemerkenswertesten Stücken der Jubiläumsausstellung wird die Lederfütterung einer „Targa“, eines maurischen Schides, zählen, eine wundervolle Arbeit, die der letzte muslimanische König von Granada nach dem Fall seines Reiches im Jahre 1492 der Königin Isabella von Aragonien überreicht hat. Einzelstücke, die durch ihre ehemaligen Träger besonderes Interesse erwecken werden, stammen aus dem Besitz des Feldmarschalls Radecki (eine Wappe, die er als Generalfeldmarschall in der Völkerschlacht bei Leipzig trug), Franz Grillparzer, der Charlotte Wolter, der Marie von Eber-Göhenbach usw. Jüngeren Datums ist das herrliche Reitzzeug des Kaisers Franz Josef, ein Geschenk seines Bruders, des unglücklichen Kaisers Maximilian von Mexiko, die schönste mexikanische Arbeit — von einem Wiener Sattlermeister hergestellt. Dieser Mann namens Mik war nach Amerika ausgewandert, nachdem ihm eine wahrhaft romantische Liebesgeschichte die Heimat verließ hatte, und wurde Hofattler des Kaisers von Mexiko. Das Geschenk traf in Wien ein, als Kaiser Maximilian bereits erschossen worden war. Meister Mik starb in Mexiko einige Monate später an einem Schlaganfall. Auch Lederwaren haben ihre Schicksale.

Es ist zu hoffen, daß der gesunde Optimismus, der bei der Veranstaltung der Jubiläumsmesse des Wiener Lederwarengewerbes Vate gestanden hat, dieser allen weltberühmten österreichischen Handwerkerarbeit aus eigener Kraft den Weg zu neuen Erfolgen weisen wird. Dr. E. W.

Die Ortsausschüsse des ADGB.

Die Zahl der Ortsausschüsse stieg im Jahre 1931 von 1288 auf 1295. Davon sind an der Statistik beteiligt 1230 (1930: 1216). Gegenüber 1930 ging die Zahl der Fälle, in denen die Gewerkschaften mit ihren Verwaltungsstellen den Ortsausschüssen angegeschlossen sind, von 12 259 auf 11 923 oder um 336 zurück.

Den berichtenden Ortsausschüssen waren Ende 1931 3 669 257 oder 88,7 Proz. der Gesamtmitglieder, die in der Verbandsstatistik erfasst wurden, angeschlossen. (1930: 4 128 065 = 87,5 Proz.) Berücksichtigt man, daß besonders in ländlichen Gegenden die Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder in den Ortsausschüssen nicht möglich ist, daß ferner in 413 Fällen mit 6804 Mitgliedern der Anschluß aus anderen Gründen nicht vollzogen wurde und 65 Ortsausschüsse keinen Bericht ein sandten, so hat man eine Erklärung für die sich zwischen Ortsanschluß und Verbandsstatistik ergebende Differenz.

Auf die einzelnen Bezirke des ADGB. verteilen sich die an der Statistik beteiligten Ortsausschüsse, Anschlußfälle und Mitglieder wie folgt:

Bezirk	Zahl der Ortsausschüsse	Zahl der Anschlußfälle	Mitglieder
Stuttgart	113	1034	241 796
München	131	1080	299 397
Düsseldorf	124	1250	426 567
Frankfurt a. M.	39	486	236 740
Jena	160	1 661	376 039
Bresden	113	1 397	603 735
Berlin	129	1 151	484 027
Sachsen	102	1 040	236 191
Hannover	93	890	265 596
Hamburg	100	942	344 915
Stettin	75	577	171 105
Königsberg i. Pr.	51	415	83 149

Die Tätigkeit der Ortsausschüsse war auch im Jahre 1931 recht umfangreich. Besonders wurden die von den Ortsausschüssen unterhaltenen Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen stark in Anspruch genommen. Die Zahl der Arbeitersekretariate betrug 125. Davon berichteten 119 über ihre Tätigkeit. Nach den vorliegenden Berichten nahmen 611 420 Personen die Sekretariate in Anspruch, denen 616 512 Rechtsauskünfte erteilt und 218 894 Schriftsätze angefertigt wurden. Außerdem leisteten die Sekretariate in 41 205 Fällen persönliche Vertretung vor Gerichten und Behörden.

Rechtsberatungsstellen unterhielten 447 Ortsausschüsse, die 200 529 Rechtsauskünfte erteilten und 103 481 Schriftsätze anfertigten.

Ueber die geleistete Bildungsarbeit berichteten 1115 Ortsausschüsse. Von diesen wurden veranstaltet: 6934 Mitgliederveranstaltungen mit wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Vorträgen, Versammlungen mit Bildungsvorträgen ohne oder mit Lichtbild bzw. Filmvorführungen 4360. Jugendveranstaltungen mannigfacher Art veranstalteten 347 Ortsausschüsse.

Unterrichtsstunden wurden von 581 Ortsausschüssen 2036, darunter 2310 Abend- und 326 Tagestunden veranstaltet. Davon für Gewerkschaftsfunktionäre 615, Betriebsräte 394, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte gemeinsam 843 und für Mitglieder im allgemeinen 784 Kurse. Die Zahl der Unterrichtsstunden betrug 7815 mit 107 890, die der Unterrichtstags 687 mit 11 891 Teilnehmern.

Bibliotheken zur gemeinsamen Benutzung für die Mitglieder waren in 856 Ortsausschüssen mit 7 418 156 Mitgliedern vorhanden. Hieron machten 519 Angaben über den Bücherbestand und die erfolgten Auslieferungen. Der Gesamtbestand an Büchern betrug 694 564 Exemplare, die von 236 410 Lesern in Anspruch genommen wurden. Ausgeliehen wurden die Bücher in 1 873 965 Fällen.

Gewerkschaftshäuser unterhielten die Ortsausschüsse 166 (1930: 167). Davon waren 145 Eigenhäuser und 21 Miet- oder Pachtträume. Die Gewerkschaftshäuser unterhielten folgende Einrichtungen: Büros 129, Restaurants 139, Versammlungssäle 131, Herbergen 40 und Hotels 34.

Die Gesamteinnahmen der Ortsausschüsse betragen 3 721 709 Mf. (1930: 4 419 449 Mf.), davon entfielen auf Beiträge 2 754 041 Mf. (1930: 3 398 675 Mf.), auf sonstige Einnahmen 967 668 Mf. (1930: 1 020 774 Mf.).

Die Gesamtausgaben sind mit 3 936 043 Mf. um 214 334 Mf. höher als die Gesamteinnahmen. Gegenüber 1930 ist hier ein Rückgang von 622 757 Mf. zu verzeichnen. Es wurden verausgabt für: Agitation 286 814 Mf., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 216 527 Mf., Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen 1 149 487 Mf., Bildungswoche 708 457 Mf., Verwaltung 921 262 Mf., Arbeitervertreterwahlen 7554 Mf., Beiträge an die Ortsausschüsse 260 669 Mf. und „Sonstiges“ 390 278 Mf. In der Summe „Sonstiges“ sind, soweit Angaben gemacht wurden, 111 054 Mf. enthalten, die für die Unterstützung arbeitsloser Gewerkschaftsmit-

glieder verandt wurden. Der hierfür aufgewandte Betrag dürfte allerdings bedeutend höher sein, kann jedoch nicht genau festgestellt werden, da meistens nähere Angaben in den Berichten fehlen.

Mit vorstehendem konnte nur ein kleiner Ueberblick gegeben werden. Das in nächster Zeit erscheinende Jahrbuch des ADGB. enthält umfangreiches statistisches Material. Es gibt nicht nur einen Ueberblick über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern berichtet eingehend über die Tätigkeit des Bundesvorstandes und über alle wichtigen Vorgänge auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

Verbesserte Handelsbilanzen — Verschärfung der Krise.

Die Länder, die einen Einfuhrüberschuß aufweisen, machen Anstrengungen, um ihre Handelsbilanzen zu verbessern, was bei schrumpfender Ausfuhr allein durch eine noch stärkere Einschränkung der Einfuhr mit Hilfe von Zöllen, Kontingenten und Devisenperrern erreicht werden soll. In der Tat werden schöne „Erfolge“ für die Verbesserung der Handelsbilanz in einer Anzahl von Ländern erzielt. Gegenüber dem Vorjahre haben sich unter anderem die französischen und italienischen Handelsbilanzen wesentlich „gebessert“, indem der Einfuhrüberschuß erheblich zurückging. Auch in England steht dieser Erfolg bevor, sobald sich die neuen Zölle auswirken. Indessen bedeutet die Einschränkung der Einfuhr nicht, daß die Waren, deren Einfuhr verhindert wird, im Inlande erzeugt werden. Diese Waren werden jetzt überhaupt nicht erzeugt, weder im Inland — noch im Ausland. Die Ausfuhr nach den Ländern, deren Waren auf dem Weltmarkt keinen Absatz finden, muß aber zurückgehen, da diese Länder auf Einfuhr, die sie aus dem Erlös ihrer Ausfuhr nicht bezahlen können, verzichten müssen. Die Einschränkung der Einfuhr hebt und drückt bedeutet gesteigerte Arbeitslosigkeit auch für die Länder, deren Handelsbilanz sich gebessert hat, und derart steht hinter verbesserter Handelsbilanz verschärfte Wirtschaftskrise. So kann von diesen erfolgreichen Anstrengungen für die Verbesserung der Handelsbilanz gesagt werden: Die Operation gelang, nur der Patient ist gestorben!

Die „neue Ordnung“ mit Zuchthaus- und Todesstrafen.

Seit der Aufhebung des Uniformverbotes durch die Regierung Schliecher-Papen, vor allem aber seit der Wachtübernahme durch Papen als Reichskommissar in Preußen am 20. Juli, herrschen in zahlreichen Gegenden Deutschlands Terror, Mord und Brandstiftung wie in keinem Lande der Welt. Niemand, außer den Nazis, ist im Zeiden des Burgfriedens noch seines Lebens sicher. Braut und Papen haben beide feierlich versprochen, „geordnete Rechtszustände“ im Reich und im preußischen Staatsgebiet wiederherzustellen. Allein das Gegenteil wird durch die täglichen Ereignisse bewiesen. Es herrschen geradezu chinesische Verhältnisse. Erst seitdem Papen die Privatarmee Hitlers legalisierte und den „aufbauwilligen Kräften“ das Recht auf die Strafe einräumte, reihen die Terrorakte nicht ab. Betroffen werden davon fast ausschließlich Personen und Führer von Organisationen, die sich gegen jeden gewalttätigen Umsturz, d. h. gegen den Bürgerkrieg wehren. In jedem Rechtsstaate wird die Staatsgewalt sich dieser verfassungstreuen Kreise im Kampfe gegen die Staatsfeinde bedienen und sie unter den besonderen Schutz des Staates stellen. In Deutschland stehen die Republikaner anscheinend außerhalb jedes staatlichen Schutzes. Selbst Frauen und Kinder werden nicht geschont und nur selten werden die Unruhestifter, Bombenwerfer und Mörder gefast.

Die Zerstörungswut richtet sich vornehmlich gegen das Eigentum und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, aber auch Konsumvereine, Amtsgerichte, Arbeitsämter, Warenhäuser werden von den Terroristen und Bombenwerfern nicht verschont. Deutschland ist tatsächlich im Begriff, unter lauträufiger Mitwirkung der „aufbauenden nationalen Kräfte“ in die Barbarei zu verfallen. Die persönlichen, wirtschaftlichen und moralischen Schäden sind ungeheuer. Niemals ist die Rechtsunsicherheit so stark in Erscheinung getreten wie gegenwärtig. So gar für Diebstähle und Ueberfälle wird das Notwehrrecht der SA. konstruiert. Die in Waffen starrenden SA. und SS-Formationen werden in den von Nazis regierten Staaten als Hilfspolizei eingestellt, während der Selbstschutz und Waffenbesitz der Republikaner mit schweren Strafen geahndet wird. Die Zahl der Toten und Schwerverletzten seit dem 1. Juni ist kaum noch festzustellen.

Wir begnügen uns mit einer kurzen Aufzählung aus der Fülle der uns gemeldeten Terrorakte und Ueberfälle auf Gewerkschaftsfunktionäre und auf Ge-

werkschafts- und Volkshäuser, seitdem die „neue Ordnung“ in Preußen und im Reich ihren Einzug gehalten hat.

Am 8. Juni erfolgte der Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. D. Oder durch Nationalsozialisten, wobei etwa 60 Pfaffensteine die Fenster scheibten und das Inventar zertrümmerten, obwohl das alte Gewerkschaftshaus unter Denkmalschutz steht.

Am 30. Juni überfielen gegen 1/2 12 Uhr nachts starke SA-Trupps das Gewerkschaftshaus in Stuttgart und schlugen mit Gummitüppeln auf die Gäste und die Wirtin ein, wobei die Wirtin und die Gäste nicht unerheblich verletzt wurden.

Am 10. Juli erfolgte in Erier der Ueberfall durch 100 uniformierte Nazis auf einen Festzug der Eisernen Front, der von einem einzigen Polizeibeamten begleitet war, mit dem Ergebnis, daß ein Toter, vier Schwerverletzte und acht Leichtverletzte, alles Angehörige der Eisernen Front, auf der Strecke blieben.

Am gleichen Tage erfolgte in Ohlau in Schlesiens der Sturm uniformierter Nationalsozialisten auf das Gewerkschaftshaus, bei dem drei Tote und 30 Verletzte, darunter zwei Frauen, zum Opfer fielen. Erst nach dem Einzug einer Eskadron des 11. Reiterregiments, die mit Karabinern und Revolvern ausgerüstet waren, wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Am gleichen Tage wurde das Gewerkschaftshaus in Hagenow von den Nazis gestürmt, wobei ein Toter, vier Schwer- und zehn Leichtverletzte als Opfer verzeichnet wurden. Der Umzug der uniformierten Nationalsozialisten erfolgte ohne jede polizeiliche Bewachung.

Am demselben Tage marschierten in Ebernörbe etwa 2000 Nationalsozialisten auf, um einen sogenannten „Deutschen Tag“ feierlich zu begehen. Als Programmpunkt war anstehend der Sturm auf das Gewerkschaftshaus vorgesehen. Drei Landarbeiter erlitten den Tod.

Am 15. Juli stürmten etwa 100 Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus in Halle a. d. Saale, wobei es vier Verletzte gab. Die Nazis wurden durch den Hauschutz zurückgeschlagen.

Am 21. Juli erfolgte der Sturm auf das Kreishaus des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in Seegeberg. Fenster scheibten wurden zertrümmert, mehrere Fahrräder vernichtet und sonstiger Sachschaden angerichtet.

Am 22. Juli wurde das Volkshaus in Bunzlau gestürmt, nachdem der angeforderte Polizeischutz zurückgezogen war. Ein toter Reichsbannermann blieb als Opfer. Aber schon wenige Tage später, am 28. Juli, fielen in der Nacht erneut sechs Schüsse vor dem Volkshaus, die nur Sachschaden anrichteten.

Am 1. August hatten in Königsberg i. Pr., wie amtlich festgestellt, die SA. vom Sturm 12 das Gewerkschaftshaus gestürmt. Außerdem sind in Königsberg und in Ostpreußen zahlreiche Ueberfälle und Morde an gewerkschaftlichen Funktionären verübt worden; Frauen und Kinder wurden nicht geschont. Bomben- und Handgranatenwerfen sind an der Tagesordnung.

In der Nacht vom 1. bis 2. August schleuberten Nationalsozialisten eine Stielhandgranate auf das Volkshaus in Miegeln. Erheblicher Sachschaden wurde angerichtet.

Alle Vorstellungen bei den örtlichen und zentralen Behörden haben bisher an diesen unhaltbaren Zuständen nichts Wesentliches geändert. Die Gewerkschaften aller Richtungen in Ostpreußen haben einen „Aufruf an die ostpreussische Bevölkerung“ einstimmig beschlossen. Von den Verantwortlichen und den staatlichen Aufsichtsbehörden haben sie verlangt, daß alle staatlichen Wachmittel rüchdisios eingesetzt werden, um die feigen Mordüberfälle auf friedliche Bürger, die Bombenanschläge auf Zeitungsunternehmungen, auf Warenhäuser, auf Einrichtungen der Arbeiterchaft, auf Amtsgerichte, Finanzämter und Bankinstitute zu unterbinden, weil sonst mit einem völligen Zusammenbruch der gesamten ostpreussischen Wirtschaft gerechnet werden muß.

Wird das Spiel der Nazis so weiter getrieben, dann werden die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen, denn ihre fast übermenschliche Geduld gegenüber diesen Banditen ist bereits auf eine harte Probe gestellt worden. Reicht sie einmal, dann muß es für viele ein grausames Erwachen geben. Reichswehr und Polizei haben es, wenn ihre Führung nur will, jederzeit in der Hand, Deutschland vor diesem Neuherrn zu bewahren und den braunen Terrorbanden Einhalt zu gebieten. Aus den Vorgängen gilt es nur eine Lehre zu ziehen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in den Betrieben und in ihren Wohngebieten sich zur wirksamen Selbstwehr gegen den inöberlichen Faschismus und seine Helfershelfer noch fester zusammenschließen, dann wird dieser gewaltige Blut der Millionen sehr bald wirkliche Ordnung und Ruhe in Deutschland schaffen und noch einmal das Recht und die deutsche Kultur retten.

Die deutsche Arbeiterklasse läßt aus Deutschland kein Drittes Reich machen. Sie steht auf dem Boden des Rechts und wird dieses Recht zu verteidigen wissen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1932.

Die Arbeitslosigkeit im Sattler-, Tapezierer- und Porzellan-Verband betrug Ende Juli 66,9 Proz. gegen 66,1 Proz. Ende Juni d. S. Männliche Arbeitslose wurden ermittelt 11 510 = 68,6 Proz., weibliche 1829 = 57,8 Proz. Insgesamt waren Ende Juli 13 339 Betriebsmitglieder arbeitslos. Rechnet man zu dieser Zahl die Kurzarbeiter, umgerechnet in Vollarbeiter, hinzu, so entfallen Ende Juli 1932 auf je 100 Verbandsmitglieder 28,8 Vollarbeiter, denen 71,2 Vollarbeitslose gegenüberstehen.

Auf die Gawe verteilen sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

Gau	Verbandsmitglieder	Dieselben hatten Mitglieder		Daneben waren arbeitslos		Insgesamt	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert	Mittelwert
		m.	w.	m.	w.					
Ostgau . . .	31	4615	532	3355	3263	6681	71,5	106	11	143
Nordgau . .	22	2105	161	1486	791	1565	69,1	220	4	76
Deutschl. Freistaat	22	1192	218	795	95	890	63,1	106	9	136
Sachsen	13	2260	412	1597	233	1830	68,5	103	5	135
Bayern	10	1243	535	938	448	1386	77,9	78	2	23
Süd-Westf.	16	3772	1023	2445	543	2988	64,5	108	8	89
Rheinland-Westfalen	16	1592	282	894	105	999	53,3	79	6	109
Insgesamt	130	16779	3163	11510	1829	13339	66,9	890	46	711

Verkürzt arbeiteten 1831 männliche und 640 weibliche, zusammen 2471 Verbandsmitglieder = 12,4 Proz. gegen Ende März und 12,0 Proz. Ende Juni dieses Jahres. Auf 100 entfallen Ende:

	Männl.	Weibl.	Insgesamt	1930	Dez. 1931	März 1932	Juni 1932	Suff. 19 2
1 bis 8 Std.	479	171	650	3,6	3,8	2,7	3,6	3,3
9 bis 16 Std.	405	125	530	5,7	2,9	3,2	2,5	2,7
17 bis 24 Std.	707	278	985	10,7	6,9	5,7	4,7	4,9
25 u. mehr Std.	240	66	306	2,2	1,9	1,1	1,2	1,5
Insgesamt	1831	640	2471	22,2	15,5	12,7	12,0	12,4

Sozialer Dienst für Arbeitshilfe.

In Berlin hat sich eine Arbeitsgemeinschaft „Sozialer Dienst für Arbeitshilfe“ aus den Organisationen des ADGB, des Reichsbanners und des R.F.V. Bundes, der Arbeiterwohlfahrt und der Sozialistischen Arbeiterjugend, ferner der Volksbühnenvereine und des Arbeiterportales gebildet, die sich mit der Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt. Die Notwendigkeit dieser Gründung kann nicht verkannt werden, nachdem die Baronsregierung den Arbeitsdienst zu einem wichtigen Bestandteil ihres unsozialen Regierungsprogramms gemacht hat. Das Abstreifen der Arbeiterorganisationen würde nur dazu führen, daß sich die republikfeindlichen Organisationen des ganzen Arbeitsdienstes bemächtigen und aus den Arbeitsdienstwilligen eine Schutztruppe des Kapitals machen. Auch wird durch diese Gründung der Gefahr vorgebeugt, daß die Arbeitsdienstwilligen zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht gemeinnützig und zufällig sind. Der Eifer der Nationalsozialisten und des Stahlhelm, mit dem diese Organisationen die Einführung des allgemeinen Arbeitsdienstes betreiben, und die bisher bekannt gewordenen Tatsachen, daß es diesen Organisationen hauptsächlich um die politische Beeinflussung der Jugend im staatsfeindlichen Sinne ankommt, macht die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen notwendig.

Das Programm der Arbeitsgemeinschaft ist eindeutig und klar. Arbeiten, die nicht gemeinnützig und zufällig sind, werden grundsätzlich abgelehnt. „Es darf sich nur um Arbeiten handeln, die ohne den Einfluß der Arbeitshilfe auf jeden Fall unterbleiben müßten. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß Arbeiten, die im freien Arbeitsverhältnis oder als Notstandsarbeiten durchgeführt werden können, zum Arbeitsobjekt der Arbeitshilfe gemacht werden.“ Grundsätzlich wird festgesetzt, daß der Arbeitsdienst kein Mittel ist, die Wirtschaftskrise zu beheben, auch kann durch ihn keine Arbeit beschaft werden. Der Arbeitsdienst darf daher keine Dauer-einrichtung werden, sondern ist nur als Hilfsmittel in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu betrachten. Bei der Beschäftigung von Arbeitswilligen im Rahmen der „Arbeitshilfe“ müssen folgende Grundzüge gewahrt werden: Vermeidung jeglichen Zwanges bei Werbung und Ausschreibung der Arbeitsdienstwilligen; zugelassen sind alle jugendlichen Erwerbslosen bis zum 25. Lebensjahr; die Arbeitszeit darf nur sechs Stunden dauern und die Beschäftigung, die die Freude an der Arbeit wieder erwecken und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten soll, muß von erzieherischen und fürsorglichen Zielen geleitet sein; die Arbeitsdienstwilligen werden zu Arbeitsgemeinschaften unter Selbstverwaltung der Teilnehmer zusammengefaßt; gewährt wird Verpflegung, Unterkunft, ein Taschengeld, Arbeitsklei-

dung; gegen Krankheit, Unfall und Invalidität sind sie versichert; die Führer werden von den Arbeitsgemeinschaften gewählt.

Der „Soziale Dienst für Arbeitshilfe“ legt Wert darauf, daß neben den Arbeitsleistungen auch die geistige Fortbildung gepflegt wird. Als Unterrichtsfächer kommen in Frage: Deutsch, Rechnen, Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Geschichte, Stenographie, eventuell auch Sprachen. Ferner Sportveranstaltungen, Musikabende, Viederabende, Lichtbilder- und andere unterhaltende Vorträge, Tages- und Nachtwanderungen. Die Arbeitsgemeinschaften werden sich dieses Teiles des Arbeitsdienstes besonders annehmen müssen. Die geistige Fortbildung unserer Jugend ist ein dringendes Erfordernis. Was hier geschaffen wurde, ist eine Notmaßnahme, die durch die Umstände bedingt ist. Sobald es die Umstände zulassen, muß der Arbeitsdienst wieder verschwinden, denn er ist keine Einrichtung, die das Los der Arbeiter bessern kann. Man kann aber nicht nörgelnd beiseite stehen und den reaktionären Organisationen den Arbeitsdienst überlassen, daß sie ihn schließlich zu politischen Zwecken mißbrauchen, nachdem er nun einmal gegen unseren Willen Tatsache geworden ist. Die Arbeitsgemeinschaft „Sozialer Dienst für Arbeitshilfe“ erhebt die Forderung, daß die jegliche Reichsgewalt bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten dahingehend umgewandelt wird, daß jeder Arbeitsdienstwillige nach Beendigung seines Dienstes einen Gutschein in der vorgesehene Höhe erhält, der es ihm ermöglicht, Ausstattungsgegenstände nach freier Wahl zu kaufen. Auch das ist notwendig.

Kundschau

Zahlungseinstellung bei Julius Arnade, Görlitz-Mons. Laut Pressemeldungen hat sich die bekannte, seit 1871 bestehende Koffer- und Lederwarenfabrik J. Arnade, Mons, durch die mit der Wirtschaftskrise zusammenhängende Einschränkung des Reiseverkehrs und das Fehlen der Exportmöglichkeiten und größere Verluste bei der Kundshaft genötigt gesehen, ihre Zahlungen einzustellen. Die Firma strebt einen gerichtlichen Vergleich an und hat ihre Gläubiger zu einer Gläubigerversammlung am 23. August eingeladen. Für die Kollegen und Kolleginnen, die zur Zeit noch bei Arnade beschäftigt sind, ist diese Zahlungseinstellung ein harter Schlag und liegt es auch im Interesse der Gesamtbelegschaft, daß ein Vergleich zustande kommt und das Unternehmen nach einer Sanierung weitergeführt wird.

Was kostet die Wirtschaftskrise? In den internationalen Konferenzen wird um die Milliarden oder Billionen Mark oder Dollar geeifelt, die als Reparations- oder Kriegsschuldzahlungen oder als Zinszahlung für Auslandsschulden jährlich gezahlt werden sollen, und es wird darüber nur allzu leicht vergessen, daß die Wirtschaftskrise einem jeden Land das Vielfache der Summen kostet, um die es sich bei diesen Streitfragen handelt. Um nur die drei größten Industrieländer zu erwähnen, ging das jährliche Volkseinkommen Englands 1931 gegenüber 1929 um 800 Millionen Pfund Sterling (16 Milliarden Mark), das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten um mehr als 20 Milliarden Dollar (84 Milliarden Mark), das Volkseinkommen Deutschlands um 30 bis 35 Milliarden Mark zurück. Die Erleichterung der Weltwirtschaftskrise durch die Lösung jener schwebenden Probleme würde das Vielfache der Summen, um die auf den internationalen Konferenzen gekämpft wird, einem jeden der beteiligten Länder - gleichgewisse den Gläubigern - wie den Schuldnerländern - einbringen.

Allgemeine Fahrpreisermäßigung auf deutschen Bahnen für Besucher der Leipziger Herbstmesse 1932. Zur kommenden Leipziger Herbstmesse, die vom 28. August bis zum 1. September stattfindet, gibt die Reichsbahn für Strecken über 150 Kilometer Rückfahrkarten mit 33% Prozent Ermäßigung für Hin- und Rückfahrt in der 2. und 3. Klasse aus unter der Voraussetzung, daß der Reisende sich durch eine Ausweisarte und Wegabzeichen mit übereinstimmender Kontrollnummer oder durch eine Ausstellertarte oder durch einen Besonderen Ausweis für ausländische Messebesucher ausweisen kann. Die Ausgabe der Karten erfolgt vom 23. August an. Die Fahrkarten sind nur in Verbindung mit einem der erwähnten Messeausweise gültig. Ihre Geltungsdauer ist zur Hin- und Rückfahrt für die Zeit vom 25. August bis 1. September und für die Rückfahrt von Leipzig für die Zeit vom 28. August bis 1. September festgesetzt. Die Benutzung von zahlungspflichtigen Schnell- und Eilzügen ist gegen Zahlung der tarifmäßigen Zuschläge zugelassen. Fahrunterbrechung ist auf der Hin- und auf der Rückreise je einmal gestattet. Für den Nahverkehr werden auf allen Stationen, an denen Sonntagskarten nach Leipzig ausliegen, derartige Karten mit eintägiger Gültigkeit am Mittwoch, dem 31. August, und am Donnerstag, dem 1. September, verkauft.

Bücherchau

Ein neuer Roman: „Die Bobega.“ Der Spanier Vicente Blasco Ibañez, dessen wichtigste Romane von der Büchergilde Gutenberg herausgebracht werden, hat in jedem seiner Bücher eine andere Region seines Landes - und eine andere soziale Schicht - dargestellt. Auf diese Weise gelang es ihm, einen Querschnitt durch alle Klassen Spaniens zu geben. Ibañez war ein glühender Republikaner, er hat gehofft, die Ausrufung der Republik nach zu erleben. Der Sturz der Monarchie, den er vorbereitet hat, ereignete sich kurz nach seinem Tode. Dieser mutige Schriftsteller, der schon zu seinen Lebzeiten in Spanien und in vielen anderen Ländern eine starke Renanz gefunden hatte, hat uns aber erst nach dem Kriege bekannt wurde, hat einen großen Teil seiner Romane im Gefängnis geschrieben. Er mußte seine Propaganda für die Republik wiederholt mit Gewaltstößen und Ausweisung büßen.

Der neu erschienene Roman „Die Bobega“, in seinen gebundenen 270 Bl. für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, amnest einen unerschütterlichen Haß gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Haß gegen die mächtigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge und die ihnen beihilfende katholische Kirche. In weit ausdauernder Darstellung erzählt Ibañez die Provinz um die Stadt Jerez, einer Zentrale des spanischen Süddeportments, das Leben der in entsetzlicher Not zusammengewürfenen Saisonarbeiter auf den Weinbergen und in den Kneipen und die nach Wert und politischer Stellung hungerten Bauern und Grundbesitzer. Diese Darstellungen, in denen Ibañez wieder einmal beweist, daß er ein realistischer Erzähler von hohen Grad ist, sind gruppiert um das Schicksal einiger Menschen, die typisch sind für die sozialen Schichten, denen der Autor in diesem Buch einen Platz gegeben hat.

Die Reuterei auf der Elfmere. Die Büchergilde Gutenberg, die eine große Bekanntheit bei den Mitgliedern der Leipziger Buchergilde hervorgebracht hat, hat jetzt den 27. Jhd.-London-Buch erschienen lassen. Das Buch ist das neue Buch, das eine Uebersetzung des gefährlichen Kap Horns und die Schwendensfahrt wird mit allen guten Mitteln der Erfindungskunst eines Jhd. London dargestellt. Infolge der unerbittlichen Anstrengung der Mannschaft und der Anstrengung des ersten Offiziers brach eine Reuterei auf der „Elfmere“ aus. Einige Wochen lang herrschte auf dem hilflos treibenden Schiff offener Krieg, bis es schließlich gelang, die Reuterei durch Hunger und List niederzuschlagen. Erst auf den letzten Seiten des Buches ebbt die hürrische Erregung ab, und die Erzählung schließt mit einem gerechtem Happy end. Die Jhd.-London-Bücher der Büchergilde Gutenberg sind geschnitten in Reinen gebunden und werden zum Preise von 2,70 Bl. an die Mitglieder dieser Gemeinschaft wertvoller Bucher abgegeben.

Für die erwiesene Aufmerksamkeit, die mir aus den Kollegentreiben anlässlich meines 50. Geburtstages zuteil wurde, spreche ich hierdurch meinen besten Dank aus.

Friedrich Gerhardt.

Verbandsnachrichten (Besanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 15. August bis zum 21. August ist der 34. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Verammlungskalender

Leipzig, Dienstag, 23. August, 19 Uhr, im Volkshaus, Nebenraum rechts, allgemeine Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag (Kollege Opitz). Mit Rücksicht auf die umfangreichen Statutenänderungen und evtl. zu fassende örtliche Beschlüsse ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Die Satopao-Hammerschmied steht am Verammlungstage 18.30 Uhr im Garten des Volkshauses. Die Ortsverwaltung.

Wuppertal, Freitag, den 19. August, abends 8 Uhr, Vollversammlung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich. Der Vorstand.

Sterbefaßel.

Gestorben sind:

Dresden. Der Autofahrer Kurt K a l e im Alter von 24 Jahren nach einer achttägigen Mitgliedschaft an den Folgen eines Auto-unfalls.

Der Treibriemensattler Hermann B a u m g a r t im Alter von 67 1/2 Jahren nach einer Mitgliedschaft von 26 Jahren ganz plötzlich am Bluffsturz.

Der Treibriemensattler Otto M ü n n i c h im Alter von 64 Jahren nach einer Mitgliedschaft von 27 Jahren nach einem Verlebensanfall, bei dem er sich innere Verletzungen zuzog.

Freiburg i. Sa. Am 9. August unser Kollege Max H i l d e b r a n d t im Alter von 54 Jahren.

Offenbach a. Main. Am 3. August unser invalides Mitglied, der Porzellaner Kollege Valentin S c h m i d t im Alter von 64 Jahren.

E h r e i h r e m A n d e n t e n.